

## NIEDERSCHRIFT

### über die 35. Beratung des Finanzausschusses am 15.11.2012

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:30 Uhr  
**Ende:** 20:30 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 5 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Herr Burkardt

Herr von Wnuk-Lipinski (dafür nimmt Herr Grützmann teil)

Herr Jerzembek

Herr Kuntzsch

#### **TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 15. November 2012**

Herr Warnick informiert vorab, dass Herr Grützmann ihn darum gebeten hat, sein „Sechs-Punkte-Programm zur Standortsuche Seeberg-Schule/Hort“ an alle zu verteilen. Dies erfolgt als Tischvorlage. Des Weiteren hat Herr Grützmann um Rederecht zum TOP 7 gebeten und der Tagesordnungspunkt soll vorgezogen werden, als neuer Tagesordnungspunkt 5.

Herr Grützmann merkt an, dass sich die Beantragung des Rederechtes erledigt hat, da er als Vertretung für Herrn von Wnuk-Lipinski an dieser Sitzung teilnimmt. Herr Warnick macht darauf aufmerksam, dass die offizielle Vertretung für Herrn von Wnuk-Lipinski aber Herr Musiol ist. Herr Piecha merkt an, dass eine darüber hinaus gehende Vertretung durch andere Fraktionsmitglieder vorher angemeldet werden muss.

Herr Warnick spricht sich gegen den Tausch der Tagesordnungspunkte 5 und 7 aus. Frau Schwarzkopf möchte gern wissen, welche Begründung der Vorsitzende hat, dem Tausch der Tagesordnungspunkte nicht zuzustimmen.

Herr Warnick äußert dazu, dass sich Gäste (z. B. der Seniorenbeirat) zum TOP 5 angekündigt haben.

Herr Tauscher sieht auch keine Notwendigkeit, die Tagesordnung zu ändern.  
Herr Grützmann begründet seine Bitte, die Tagesordnungspunkte zu tauschen. Er möchte um 19:30 Uhr zur Ausstellungseröffnung im Bürgersaal sein.  
Frau Vogdt macht darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung veröffentlicht ist. Es kann aus ihrer Sicht nicht sein, dass die Tagesordnung verändert wird, nur weil Zuschauer zu einem speziellen Thema anwesend sind.  
Frau Schwarzkopf äußert, dass doch keine Gäste für den TOP 5 anwesend sind, aber Gäste für den TOP 7.

- Herr Templin nimmt ab 18:40 Uhr an dieser Sitzung teil.  
Somit sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Warnick stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7 vorzuziehen, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 2 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen und ist somit abgelehnt.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 15. November 2012 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

<b>TOP 3</b>	<b>Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 20. September 2012</b>
--------------	---

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20. September 2012 wird festgestellt.

<b>TOP 4</b>	<b>Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 20. September 2012</b>
--------------	--

	<b>aus dem Protokoll Nr. 33</b>	
<b>F 72/33.12</b>	<u>DS-Nr.: 106/12 (Beschluss über den Zuschuss der Gemeinde und die Vergaberichtlinie zum Belegungsrecht „Barrierefreies Wohnen“ in der Heinrich-Heine-Straße)</u>  Die Verwaltung möge beantworten: - Wie hoch ist die Anzahl der barrierefreien Wohnungen, die mit dem Zuschuss geschaffen werden? - Wie ist die Relation zwischen den Gesamtbaukosten für dieses Projekt und dem Zuschuss der Gemeinde? - Warum soll aufgrund der Baugenehmigung ein Zuschuss gezahlt werden. Die erhöhten Baukosten sind doch im Wesentlichen im Sanitärtrakt enthalten. - Ist die Erarbeitung einer Vergaberichtlinie	Termin: 10.09.2012 Frau Neidel  -erste Beantwortung erfolgte zum 20.09.2012 -inhaltliche Beantwortung soll bitte bis November/Dezember 2012 erfolgen  <b>erledigt per E-Mail am 9.11.2012 und als Tischvorlage</b>  <b>Ergänzende Nachfrage</b>

	unter dem Aspekt des Antidiskriminierungsgesetzes geprüft worden?	<b>von Herrn Harmsen=erledigt Beantwortung als Tischvorlage</b>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 34</b>	
<b>F 79/34.12</b>	Wurde die Maßnahme „Investitionszuschuss gewog mbH für touristische, denkmalgerechte Erschließung „Alte Hakeburg“ durch die Gemeindevertretung beschlossen?	Termin: 15.11.2012 Frau Neidel <b>erledigt per E-Mail am 9.11.2012 und als Tischvorlage</b>

<b>TOP 5</b>	<b>Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße</b>	<b>DS-Nr. 162/12</b>
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Zur Vergabe des barrierefreien Wohnraums in der Heinrich-Heine-Straße wird die „Richtlinie zur Vergabe von Wohnraum im Barrierefreien Wohnen Heinrich-Heine-Straße“ (vgl. Anlage 1) beschlossen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage. Sie bittet um Meinungsäußerungen bzw. Verbesserungsvorschläge zur Richtlinie. Weiterhin erklärt sie, dass die vorliegende Drucksache nach der Diskussion von der Verwaltung zurückgezogen und überarbeitet wird.

Herr Warnick fragt nach, ob dies bedeutet, dass nur diskutiert und nicht abgestimmt wird? Dies bestätigt Frau Grohs.

Herr Tauscher fragt nach der zeitlichen Abfolge, wenn der vorliegende Beschluss heute durch die Verwaltung zurückgezogen wird. Frau Grohs merkt an, dass zur Gemeindevertretersitzung am 13. Dezember 2012 ein entsprechender Beschluss vorgelegt wird, der den Beschluss DS-Nr. 106/12 abändern wird. Darin wird dann festgelegt, dass eine entsprechende Richtlinie nicht bis zum 31.12.2012, sondern bis 30.4.2013 beschlossen werden muss.

Frau Vogdt gibt zu Protokoll:

*Ich hatte ja bei der letzten Beratung schon gefragt, ob dies gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstößt. Ich habe gesehen, dass in den Festlegungen stand, die Verwaltung hat entschieden, dass das nicht dagegen verstößt. Ich hätte gern eine schriftliche, rechtliche Würdigung, ob das dagegen verstößt oder nicht. Dann, das habe ich auch in der Gemeindevertretung schon geäußert, finde ich es merkwürdig, dass das an das 60. Lebensjahr gekoppelt wird. Es gibt durchaus Menschen die zwar keinen Schwerbehindertenausweis haben, aber dennoch auf ein barrierefreies Wohnen angewiesen sind. Eben ohne das sie einen Ausweis haben und die fallen dann automatisch raus. Vielleicht sind diese auch jünger als 60 Jahre. Ich finde es sehr schade, wenn wir Geld der Gemeinde in ein soziales Projekt stecken, dann sollte man die Hürden nicht so hoch setzen, so dass eben auch jüngere Menschen, die aber trotzdem behindert sind, davon profitieren können.*

Herr Templin macht deutlich, dass aus seiner Sicht die Dauer der Richtlinie nicht zeitlich beschränkt werden sollte.

Herr Warnick schildert aus seiner Sicht, dass der ursprüngliche Ansatz seinerzeit so war, dass bezahlbarer Wohnraum für alte Kleinmachnower Senioren gebaut werden soll. Es war bisher jedoch nie die Rede von Wohnraum, vorrangig für behinderte Menschen.

Herr Templin, Frau Schwarzkopf, Herr Tauscher und Frau Brüske-Dierker sehen dies nicht so. Sie vertreten die Meinung, dass sich der Fokus geändert hat. Der notwendige Bedarf ist nun ein anderer, als vor 10 Jahren.

Frau Schwarzkopf berichtet, dass im Kulturausschuss nun die Rede von einem Serviceangebot war, z.B. um kleine Gänge zu erledigen. Die Kosten für einen Concierge müssen natürlich auf die Miete umgeschlagen werden.

Herr Tauscher bittet darum, dass die Idee von einem Serviceangebot genau betrachtet wird. Die Finanzierbarkeit muss geprüft werden.

Des Weiteren schließt er sich den Worten von Herrn Templin an, dass die zeitliche Begrenzung aus der Richtlinie gestrichen werden muss.

Die Verwaltung zieht die vorliegende Drucksache DS-Nr.: 162/12 zurück.

<b>TOP 6</b>	<b>Errichtungsbeschluss zur Installation einer strukturierten EDV-Verkabelung in der Steinweg-Schule</b>	<b>DS-Nr. 180/12</b>
--------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. In der Steinweg-Schule wird im Jahre 2013 eine strukturierte EDV-Verkabelung (Datenübertragungsnetz) installiert.
2. Erschlossen werden die Büro- und Klassenräume im EG, 1. OG und im 2.OG sowie das Lehrerzimmer im EG. Der Kriechkeller ist als Installationsraum vorgesehen.
3. Zu diesem Zweck werden aus dem Haushalt der Gemeinde Kleinmachnow außerplanmäßig 65.000,00 € bereit gestellt.

Eine Erläuterung seitens der Verwaltung gibt es nicht.

Frau Vogdt gibt zu Protokoll:

*Ich hatte ja bereits vor einigen Sitzungen schon darum gebeten, dass wir mal eine Aufstellung bekommen, was bisher in die drei Grundschulen an Investitionen geflossen ist und was noch zu erwarten ist. Das steht leider immer noch aus und wird aber auch nicht mehr in den offenen Feststellungen aufgeführt. Ich wünsche eine Aufstellung der Investitionen für die drei Grundschulen in den letzten 8 Jahren und was in den nächsten 5 Jahren noch zu erwarten ist.*

Frau Grohs fragt diesbezüglich nach, was mit Investitionen gemeint ist. Meinen Sie komplett alle Investitionen, was den Bau und Ausstattung im Investitionshaushalt betrifft?

Ja, genau das meint Frau Vogdt.

Des Weiteren möchte Frau Vogdt gern wissen, was die Sanierung des Kriechkellers kostet.

In der Problembeschreibung/Begründung heißt es: „Ziel der EDV-Verkabelung ist es, an unseren Schulen eine Angleichung der Ausstattungsstandards herzustellen.“ Frau Vogdt befürchtet, dass hier ein Wettbewerb unter den Schulen ausgetragen wird.

Frau Grohs macht darauf aufmerksam, dass die Steinweg-Schule nicht mit einem ausreichenden Datennetz ausgerüstet ist, was zur Folge hat, dass z. B. interaktive Tafeln nicht ausreichend genutzt werden können.

Die Kämmerin teilt noch das Abstimmungsergebnis aus dem Fachausschuss mit:  
Kulturausschuss 6 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Frau Schwarzkopf berichtet, dass sie im Kulturausschuss dieser Drucksache zugestimmt hat. Sie ist auch der Meinung, dass die Steinweg-Schule diese Verkabelung bekommen soll, jedoch findet sie die Höhe der Kosten für nicht akzeptabel.

- Herr Baumgraß nimmt ab 19:10 Uhr an dieser Sitzung teil.  
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin fragt nach, warum gerade jetzt diese Maßnahme durchgeführt werden soll. Er hält jedoch die Ausstattung für essentiell wichtig. Eltern dürfen gleichwertige Angebote/Ausstattung der Schulen erwarten.

Herr Tauscher spricht sich dafür aus, dass die derzeitige Situation, dass sich die Serverschränke im Raum der Rektorin befinden, nicht weiter tragbar ist. Daran muss etwas geändert werden. Sollte aber die Servertechnik im Kriechkeller sein?

Des Weiteren bittet auch Herr Tauscher um die Übersicht der Kosten der drei Grundschulen.

Abschließend möchte Herr Tauscher ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Einordnung in die außerordentliche Maßnahme für das Jahr 2013 aus seiner Sicht nochmals zu diskutieren ist, gerade im Hinblick auf die anderen Vorhaben (Freibad Kiebitzberge bzw. 3. Grundschule). Ein Nachtragshaushalt scheint für Herrn Tauscher unabdingbar.

Frau Grohs informiert, dass für diese Maßnahme kein Nachtrag erforderlich wäre.

Herr Templin fordert ebenfalls eine Aufstellung der Ausstattungskosten aller drei Grundschulen, den Kita's und Horten.

Herr Baumgraß merkt an, dass hier von einem Architekturbüro die Kostenberechnung beigelegt ist. Gab es weitere Angebote?

Frau Grohs informiert, dass nur ein Architekturbüro ein Kostenangebot vorgelegt hat.

Herr Baumgraß empfiehlt, ein zweites Angebot einzuholen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 180/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 180/12 erfolgt mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen.

<b>TOP 7</b>	<b>Grundschule "Auf dem Seeberg" und Hort "Am Hochwald"</b>	<b>INFO 010/12</b>
--------------	---	--------------------

Frau Grohs erläutert die vorliegende INFO-Nummer.

- Herr Grützmann verlässt ab 19:25 Uhr diese Sitzung.  
Somit sind 6 Gemeindevertreter anwesend.
- Herr Christall nimmt ab 19:25 Uhr diese Sitzung.  
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Piecha informiert, dass das vorliegende Papier ein Entwurf ist. Vor 14 Tagen fand eine Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden statt. Sie äußerten den Wunsch, diese Vorlage in die Fachausschüsse zur Beratung zu geben. Letztendlich kommen nur noch zwei Grundstücke in Frage. Für eine weitere Entscheidungsfindung wird ein Errichtungsbeschluss vorgelegt.

Frau Schwarzkopf dankt der Verwaltung ausdrücklich für die schnelle Arbeit und bittet darum, zügig weiterzuarbeiten. Es besteht Zeitdruck.

Ihre Fraktion spricht sich für den Standort hinter dem Rathaus aus.

Herr Templin merkt an, dass davon auszugehen ist, dass nach jetzigem Stand die Schülerzahlen in den nächsten Jahren steigen werden und nach seiner Meinung im Jahr 2020 sogar mit erheblich wachsenden Schülerzahlen zu rechnen ist.

Ein Standort für eine 3. Grundschule muss tatsächlich langfristig etabliert werden.

Frühzeitig muss ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefasst werden. Des Weiteren sollte die Verwaltung mit der BBIS in Verbindung treten, um zu erfragen, ob Bereitschaft seitens der BBIS besteht, Grundstücke aus dem Sondergebiet 2 zu verkaufen.

Herr Tauscher schließt sich den Worten von Herrn Templin an. Die demnächst eintretende Notlage muss abgewehrt werden. Die Verwaltung muss zügig arbeiten, so dass eine dauerhafte Lösung für die 3. Grundschule gefunden wird.

Herr Baumgraß bittet den Bürgermeister bzw. die Verwaltung darum, mit der Schleusenweg-Schule in Verbindung zu treten. Der Landkreis baut diese Schule aus und vielleicht besteht die Möglichkeit, sich dort mit unserer 3. Grundschule anzuschließen. Dies sollte auf jeden Fall geprüft werden.

Herr Warnick informiert, dass er aus dem Kreistag weiß, dass das Vorhaben „Schleusenweg“ so nicht umsetzbar ist.

Seine Fraktion favorisiert den Standort Adolf-Grimme-Ring, wenn längerfristig eine 3. Grundschule benötigt wird.

**TOP 8**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Kleinmachnow für das Jahr 2013**

**DS-Nr. 177/12**

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 67 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wird die Haushaltssatzung für die Gemeinde Kleinmachnow für das Haushaltsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung einschließlich Haushaltsplan beschlossen.

Frau Grohs informiert, dass der Haushalt 2013 am 17.10.2012 aufgestellt, am 24.10.2012 festgestellt und allen Gemeindevertreter und sachkundigen Einwohnern am 25.10.2012 zugestellt wurde. Als Investitionsauszahlungen sind alle Maßnahmen in dem vorliegenden Haushalt 2013 berücksichtigt, die bis dato durch die GV in Form von Errichtungsbeschlüssen vorliegen.

Die Kämmerin berichtet, dass Sie im Bauausschuss und im Umweltausschuss zum Thema Haushalt vorgetragen hat und Herr Möckel im Kulturausschuss.

In allen Fachausschüssen wurde die Erarbeitung und Vorlage des Haushaltes sehr gelobt.

Des Weiteren teilt Frau Grohs die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen mit:

Bauausschuss	5 Ja / 1 Nein / 0 Enth.
Kulturausschuss	4 Ja / 0 Nein / 2 Enth.
Umweltausschuss	7 Ja / 0 Nein / 0 Enth.

Weiterhin erklärt sie:

Gemäß § 72 BbgKVerf hat die Kommune ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen. Das erste Jahr ist das laufende Haushaltsjahr.

Basis zur Ermittlung der Haushaltsansätze 2013 – 2016 bilden das beschlossene Rech-

nungsergebnis 2011 und die Planansätze 2012 einschließlich der Ermächtigungsübertragungen sowie aktuelle Sachverhalte.

Die wichtigste Planeinheit des doppelhaushaltigen Haushalts ist der Ergebnisplan, der gemäß § 63 BbgKVerf im Ergebnis aus ordentlichen Erträgen und Aufwendungen auszugleichen ist.

Ich bin stolz mit diesem nunmehr 4. doppelhaushaltigen Haushalt der Gemeinde Kleinmachnow Ihnen einen **ausgeglichenen** Haushalt vorzulegen.

Eine kurze Darstellung über diesen Ergebnisplan möchte ich nun aufzeigen:

Die ordentlichen Erträge und Aufwendungen umfassen jeweils rd. 28,5 Mio. EUR. Bei den Erträgen belaufen sich die Steuern und ähnlichen Abgaben auf rd. 71 % und die Zuwendungen und allgemeine Umlagen auf rd. 19 %. Letztere Position enthält die allgemeine Schlüsselzuweisung.

Als wesentlichste Positionen bei den Aufwendungen sind die Transferaufwendungen (Kreisumlage, Zuschuss an den KITA-Verbund) mit rd. 14,1 Mio. EUR, d.h. rd. 50 % der Gesamtaufwendungen zu nennen. Weitere Positionen sind Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. 20 %) und Personalaufwendungen mit rd. 17 %.

Der zweite Teil des Haushaltsplanes - und nicht weniger bedeutend - ist der Finanzplan. Er spiegelt die Liquiditätsplanung unserer Gemeinde ab. Neben den zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen aus der sogenannten lfd. Verwaltungstätigkeit enthält der Finanzplan die Investitions- und Finanzierungstätigkeit. In diesem Jahr legte die Verwaltung erstmals eine Prioritätenliste für die investiven Maßnahmen vor. Dieses Fundament ist in der vorliegenden Investitionsplanung aufgenommen und zeigt ein Gesamtinvestitionsvolumen in den kommenden Jahren von 1,8 Mio. EUR.

Die wichtigsten Maßnahmen sind dabei:

- die Fortsetzung des Anbau Steinweg-Schule (gemäß DS-Nr. 122/12)
- die Installation der Brandmeldeanlage an der Steinweg-Schule (gemäß DS-Nr. 120/12)
- die Sanierung des Pausenhof Eigenherd-Schule (gemäß DS-Nr. 092/12)
- Fortsetzung des Umbaus und Erdgeschoss-Sanierung Zehlendorfer Damm 200 (gemäß DS-Nr. 057/12)
- der Zuschuss für die Kammerspiele (gemäß DS-Nr. 077/12)
- der Zuschuss zum Bau des Gebäudes „Barrierefreies Wohnen Heinrich-Heine-Straße“ an die gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow (gemäß DS-Nr.: 106/12)

Der Haushalt 2013 wurde an Hand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt und erläutert.

Die bisher nicht genannte aber große Entscheidung zur 3. Grundschule konnte in den Haushalt nicht einfließen. Das liegt aber daran, dass es keinen Errichtungsbeschluss gibt und es werden sicherlich noch große Diskussionen zu führen sein. Aus diesem Grund sind weder voraussichtliche Kosten noch Schätzungen in den Haushalt eingeflossen, weil sie derzeit entsprechend nicht nach der Haushaltswahrheit- und -klarheit vorliegen.

Hinsichtlich des Freibades Kiebitzberge erfolgte die Entscheidung der drei Kommunen am 8. November 2012. Auch hierfür sind im vorliegenden Haushalt, die für 2013 erforderlichen Mittel nicht berücksichtigt. Dafür erfolgte die Änderung der Haus-

haltssatzung. Bereits im Rahmen der Eckwertediskussion 2013, sowie im letzten Finanzausschuss, hat die Verwaltung hierüber informiert.

Für die Investitionsmaßnahme 2013-2016 bedarf es keiner Aufnahme von Krediten.

Herr Templin merkt an, dass er aus zwei Gründen den Haushalt ablehnen wird.

- 1.) Er lehnt die Erhöhung der Ermächtigung der Nachtragspflichtigkeit ab.
- 2.) Das Vorhaben Jugendcafé mit Personal ist im Haushalt geplant, jedoch gab es dazu keine Zustimmung durch die Gemeindevertretung und auch keinen Grundsatzbeschluss.

Er dankt aber Frau Grohs und ihren Mitarbeitern in der Finanzabteilung für die gute Arbeit.

Herr Harmsen bittet um genauere Erläuterungen zum Stellenplan. Es wird in einer Tabelle die Eingruppierungen und die Stellenübersicht dargestellt. Auch dazu bittet er um Erläuterungen.

Herr Piecha merkt an, dass daran gearbeitet wird, dies zukünftig detaillierter darzustellen.

Frau Zulla merkt an, dass drei neue Stellen geschaffen werden sollen. Fallen auch Stellen weg?

Herr Piecha nimmt Bezug auf die drei neu zu schaffenden Stellen. Dies sind die Stellen als Leitender Sachbearbeiter Gebäudemanagement, Mitarbeiter für das Kinder-/Jugendcafé und die des Sachbearbeiters Personal. Die Stelle für das Kinder-/Jugendcafé ist auf Wunsch der Verwaltung eingeplant worden.

Die Stelle SB Personal ist notwendig, weil das Personalamt Verstärkung benötigt, denn ab dem Jahr 2015 gehen viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. Die neuen Stellen werden alle für zunächst zwei Jahre ausgeschrieben.

Herr Tauscher fragt nach, ob es möglich ist, eine Zuordnung der Fachbereiche mit den entsprechenden Eingruppierungen vorzulegen?

Aus seiner Sicht müssen Einstellungen nachvollziehbar sein.

Herr Tauscher bittet darum, die Erläuterungen zum Stellenplan als Anlage bis zur Gemeindevertreterversammlung nachzureichen.

Herr Piecha merkt an, dass die Unterlage, die von der Verwaltung vorgelegt wurde, die minimal rechtliche Variante ist. Bis zur Gemeindevertreterversammlung wird eine Anlage zum Stellenplan nachgereicht.

Herr Harmsen hält die Formulierung für wichtig, dass die Besetzung der Stellen vorerst für zwei Jahre erfolgt. Dies sollte im Stellenplan vermerkt werden. Ebenso, dass Neueinstellungen immer niedriger eingruppiert werden.

Herr Ehlert macht darauf aufmerksam, dass für Neubauten, wie z. B. die Sporthalle an der Maxim-Gorki-Gesamtschule, immer zusätzliches Personal benötigt wird.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 177/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 177/12 erfolgt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

**TOP 9**

**Kassenkredit der Gemeinde Kleinmachnow**

**DS-Nr. 178/12**

Beschlussvorschlag:

Der Höchstbetrag des Kassenkredites für den Gemeindehaushalt Kleinmachnow für das Jahr 2013 wird auf 1.000.000,00 EUR festgesetzt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Sie macht darauf aufmerksam, dass bisher der Kassenkredit Bestandteil der Haus-



haltssatzung war. Mit der Kommunalverfassung gibt es, aus Sicht der Kämmerin, eine Grauzone. In einem Paragraphen ist von einem „soll“ die Rede, in einem anderen von einem „kann“.

Die Kämmerin hat sich mit der Kommunalaufsicht dazu verständigt, auch im Rahmen der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, und sieht es als unschädlich an, dies in einem separaten Beschluss zu fassen.

Herr Tauscher merkt an, dass die Formulierung in der Problembeschreibung/Begründung im vorletzten Absatz lauten sollte: ... gegenüber dem Vorjahr bleiben und ....“.

Die Verwaltung nimmt diesen Vorschlag gern auf und wird diese redaktionelle Änderung zukünftig verwenden.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 178/12 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 178/12 erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

**TOP 10      Anfragen an die Verwaltung**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**TOP 11      Sonstiges**

Frau Schwarzkopf weist allgemein nochmals darauf hin, dass sich die Kommune ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm auferlegt hat. Aus ihrer Sicht ist sie aber nicht sonderlich gut im Überprüfen der Ziele, die sich die Gemeinde dort selber gegeben hat.

Sie bittet darum, sich eine Methode zu überlegen, wie dies geändert werden kann. Im Jahr 2013 sollte dazu im Finanzausschuss beraten werden.

Kleinmachnow, den 06.12.2012

Klaus-Jürgen Warnick  
Vorsitzender des Finanzausschusses

Ramona Kroschke  
Protokollantin

Anlagen

Liste der offenen Festlegungen  
Anwesenheitsliste

**Anlage zum Protokoll Nr. 35**

•      **Offene Festlegungen aus der vorangegangenen Beratung**

	<b>aus dem Protokoll Nr. 35</b>	
<b>F 80/35.12</b>	Die Verwaltung wird gebeten, eine schriftliche, rechtliche Würdigung vorzunehmen, ob das Antidiskriminierungsgesetz bei der Erarbeitung der Richtlinie berücksichtigt wurde.	<b>Termin: 21.12.2012</b> <b>Frau Neidel</b> <b>Herr Brömmer</b>

	<b>aus dem Protokoll Nr. 35</b>	
<b>F 81/35.12</b>	Die Verwaltung möge eine Aufstellung der Investitionen (Bau und Ausstattung) für die drei Grundschulen und den KITA`s in den letzten 8 Jahren erarbeiten und welche Investitionen in den nächsten 5 Jahren noch zu erwarten sind.	<b>Termin: Frühjahr 2013 Frau Konrad</b>
	<b>aus dem Protokoll Nr. 35</b>	
<b>F 82/35.12</b>	Die Verwaltung möge bis zur Gemeindevertretersitzung am 13. Dezember 2012 eine detailliertere Erläuterung zum Stellenplan nachliefern.	<b>Termin: 13.12.2012 Herr Piecha</b>